

In der Stadt, in der wir leben wollen...

... sind unserer Sprachen viele.

... heißt Integration zuerst gleiche Rechte und Teilhabe.

... haben alle Menschen die hier leben die gleichen sozialen und politischen Rechte.

Die arbeitende Klasse in Wien ist seit jeher multi-ethnisch und multi-kulturell. Seit Jahrzehnten haben ArbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft in allen Bereichen der Gesellschaft gearbeitet – auf den Baustellen, im Gastgewerbe, im Transport, im Handel, auf den Unis, in Spitälern, in Haushalten... Dabei werden und wurden viele Sprachen gesprochen und verstanden – auch Deutsch. Diese Leistungen, ohne die unser Wohlstand nicht denkbar wäre, sind jetzt allerdings nichts mehr wert. Für eine Aufenthaltsgenehmigung oder Verlängerungen dieser müssen zertifizierte Sprachkenntnisse nachgewiesen werden. Dabei wird auf dem Rücken von sprachlichen Minderheiten der rechtspopulistischen Stimmungsmache nachgegeben. Deutschzwang wird als Allheilmittel forciert, während die tatsächlich existierenden Probleme keine sprachlichen oder kulturellen sind, *sondern soziale*.

Die jahrzehntelange Benachteiligung im Bildungssystem, welche mittlerweile bereits im Kindergarten festgeschrieben wird, und die gleichzeitige Segregation am Wohnungsmarkt von Wiens Bevölkerung bereiten den Boden für Vorurteile und Rassismus.

Häufig werden abgelehnte AsylwerberInnen mit Verwaltungsstrafen für sogenannten "Illegalen Aufenthalt" schikaniert, die bloße Existenz einer Person in Österreich wird kriminalisiert.

Rassistische Gesetze werden weiter verschärft. Fremdenrecht ist FremdenUNrecht.

Die KPÖ Wien fordert eine ResidenzbürgerInnenschaft (dort wo eine Person ihren Lebensmittelpunkt hat, besitzt sie alle politischen und sozialen Rechte). Wir stellen uns gegen sozialen Ausschluss, Illegalisierung, Kriminalisierung und Abschiebung.

In Wien leben derzeit (stand: 1.1.2012) 1.731.236 Menschen. Davon sind 22,3 % bei Nationalrats- und Gemeinderatswahlen nicht wahlberechtigt, weil sie keine österreichische StaatsbürgerInnenschaft besitzen. Auf Bezirksebene sind es „nur“ 14,4 %. (EU-StaatsbürgerInnen haben auf kommunaler Ebene aktives und passives Wahlrecht). Allein der Umstand, dass so viele Menschen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, ist eines der bestechendsten Argumente warum eine ResidenzbürgerInnenschaft für eine demokratische Entwicklung unserer Stadt notwendig ist. In jedem Fall stehen allen Menschen die in Wien leben alle Rechte voll und ungeteilt zu. Daher stellen wir diesem Unrecht die Forderung nach der ResidenzbürgerInnenschaft (dort wo eine Person ihren Lebensmittelpunkt hat, besitzt sie alle politischen und sozialen Rechte – unabhängig von so genannter „Herkunft“) entgegen.

Dieser Forderung entspricht eine *andere* Idee von BürgerInnenschaft, sie löst StaatsbürgerInnenschaft auf. Sie transportiert somit auch eine *andere* Idee von Europa. Auch von einem Europa, das nicht das gleiche ist wie EU-Europa.

Integration ist nicht Assimilation.

Integration sagen und Isolation betreiben kann keine Lösung sein.

Integration meint nicht Anpassung und Unterordnung unter die herrschenden Verhältnisse.

Kein Mensch ist illegal.

